

Innen- und Rechtsausschuss Der Vorsitzende

Kiel, 2. Oktober 2025 Landeshaus Tel. (0431) 988 1143 (0431) 988 1152 Innenausschuss@landtag.ltsh.de

### Kurzbericht

über die 101. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am Mittwoch, dem 1. Oktober 2025, 14:00 Uhr im Plenarsaal des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

 Bericht der Landesregierung zum Pressebericht über Drohnensichtungen über Schleswig-Holstein in der Nacht zum 26. September 2025 Berichtsantrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) Umdruck 20/5319

Innenministerium und Staatsanwaltschaft Flensburg berichten in einem öffentlichen sowie einem nicht öffentlichen und vertraulichen Teil. Eine Aussprache folgt jeweils.

 Bericht der Landesregierung zum Zugriff der Polizei auf den Frachter "Scanlark" in der Schleuse Kiel-Holtenau Berichtsantrag der Abgeordnete Sybilla Nitsch (SSW) Umdruck 20/5214

Innenministerium und Staatsanwaltschaft Flensburg berichten in einem öffentlichen sowie einem nicht öffentlichen und vertraulichen Teil. Eine Aussprache folgt jeweils.

3. Bericht zu dem Vorfall und möglichen strafrechtlichen Konsequenzen des antisemitischen Ladenschildes in Flensburg

Berichtsantrag der Abgeordneten Catharina Nies, Nelly Waldeck und Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 20/5272

Landesregierung und Staatsanwaltschaft Flensburg berichten; eine Aussprache folgt.

4. Bericht der Landesregierung zum ersten Anwendungsfall einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung im Kontext häuslicher Gewalt nach Landesverwaltungsgesetz

Berichtsantrag der Abgeordneten Birte Glißmann (CDU) und Catharina Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 20/5120

Das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft Kiel berichten. Eine Aussprache folgt. Die Innenministerin sichert zu, dem Ausschuss ihren Sprechzettel zur Verfügung zu stellen.

## 5. Bericht zu getroffenen und zukünftigen Maßnahmen gegen Hass, Hetze, Diskreditierung und Desinformation gegen Justizangehörige

Berichtsantrag des Abgeordneten Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 20/5031

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

### 6. Tätigkeitsbericht 2025

Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein <u>Drucksache 20/2985</u> (neu)

Der Ausschuss berät den Bericht mit der Landesbeauftragten. Er empfiehlt den Bericht dem Plenum einstimmig zur Kenntnisnahme.

### 7. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/3600

## Sicheren und kompetenten Umgang mit sozialen Medien stärken Alternativantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 20/3623

Der Ausschuss schließt sich zu beiden Anträgen dem Verfahren des Sozialausschusses an.

# 8. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes Sachsenwald Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD Drucksache 20/3588

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD Umdruck 20/5341

Der Ausschuss beschließt, den betroffenen Gemeinden die Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.

### 9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <u>Drucksache 20/3589</u>

Der Ausschuss beschließt eine schriftliche Anhörung. Um Benennung wird bis 8. Oktober 2025 gebeten.

## 10. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Entlastung von Bürokratie in der Kommunal- und Landesverwaltung

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3514

Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/3622

Der Ausschuss berät kurz zum Verfahren und einigt sich, den Punkt in der kommenden Woche erneut aufzurufen.

#### 11. Information/Kenntnisnahme

<u>Unterrichtung 20/283</u>: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

<u>Unterrichtung 20/284</u>: Entwurf eines zweiten Staatsvertrags zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 und Entwurf eines Gesetzes zum zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021

<u>Unterrichtung 20/285</u>: Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung polizeirechtlicher Maßnahmen für einen wirksamen Schutz der öffentlichen Sicherheit

<u>Unterrichtung 20/286</u>: Bundesratsinitiative: Entschließung des Bundesrates "35 Jahre Wiedervereinigung – Einheit und Zusammenhalt in Deutschland fördern und einen neuen Aufbruch wagen"

<u>Unterrichtung 20/287</u>: Bundesratsinitiative: "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern"

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

### 12. Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf eine Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts hin, dass im Verfahren zur Verfassungsbeschwerde zur Rundfunkbeitragsfestsetzung im Jahr 2025 nicht eine Entscheidung zu erwarten sei.

Schluss: 18:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka